

Frau Chur-Lahl (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert den eingereichten Antrag des Bündnisses. Auch die Verwaltung nimmt hierzu ausführlich Stellung und führt aus, dass der Deckungsvorschlag eines solchen Projektes von der Politik in den Haushaltsplanberatungen eingebracht, beraten und abschließend durch den Rat beschlossen werden muss.

Neben den finanziellen Aspekten werden im Anschluss auch die Rahmenbedingungen diskutiert. So wird auch eine Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in Betracht gezogen. Dies wird allerdings seitens der Antragsstellenden abgelehnt, weil diese Arbeit keinen überregionalen Verbänden zuzumuten sei.